

TOP-THEMA

Grüne gegen Ost-Vorteile

27. April 2011 | 22:00 Uhr | von Max-Stefan Koslik

[+ Vergrößern](#)

Jessica Fortmann/KEYSTONE

BERLIN/ SCHWERIN - Auf heftigen Widerstand traf gestern der Vorstoß der Bundestagsfraktion der Grünen, die Höherbewertung der niedrigen Ostlöhne bei der Rentenberechnung abzuschaffen. Der Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn hatte mit Blick auf eine Rentenangleichung Ost-West die Lohnaufwertung für Ost-Arbeitnehmer als "nicht mehr zeitgemäß" bezeichnet.

Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) warnte: "Das ist ein gefährlicher Vorschlag, der unter dem Deckmantel einer Angleichung die Benachteiligung der Ostdeutschen bei der Rente dramatisch vergrößern würde. Die Höherbewertung ist dazu da, den deutlich niedrigeren Rentenwert in Ostdeutschland auszugleichen." Richtig sei, dass man in Deutschland zur Angleichung der Renten kommen müsse. Das dürfe aber nicht zu neuen Benachteiligungen der Ostdeutschen führen, so

Sellerling. Ähnlich äußerten sich Politiker beider Regierungsparteien in MV und der FDP.

Die Wismarer Bundestagsabgeordnete der Linken, Martina Bunge, verteidigte die aktuelle Regelung: "Die Löhne und Gehälter in Ostdeutschland liegen immer noch bei nur 87 Prozent der Einkommen West: Um hier einen Ausgleich zu schaffen, erfolgt eine Höherbewertung der Einkommen. Das ist sinnvoll und nicht ungerecht." Bunge fordert hingegen eine Angleichung unterschiedliche Rentenwerte in Ost und West. "Wenn die Grünen im Bundestag die Angleichung des Rentenwertes verlangen, dann trifft das eine lange Forderung der Linken und findet unsere Zustimmung. Wenn sie aber die Abschaffung der Höherbewertung verlangen, dann schafft das neue Ungerechtigkeiten und trifft auf unseren Widerstand", sagte die Wismarer Abgeordnete.

Der Grünen-Landessprecher aus MV, Jürgen Suhr, korrigierte gestern Nachmittag. Das Ziel sei, den Rentenwert Ost auf Westniveau zu heben und auf die Aufwertung bei höheren Einkommen zu verzichten. Suhr: "Wir wollen Finanzmittel auf diejenigen konzentrieren, die es wirklich nötig haben. Im Antrag fordern wir daher Kleinrenten auf 800 Euro aufstocken. Das würde denjenigen helfen, die es wirklich nötig haben und diejenigen leben vor allem in den neuen Bundesländern. Um das zu finanzieren, soll u.a. der Rentenaufschlag Ost zukünftig wegfallen." Bisherige Rentenansprüche im Osten blieben erhalten.

Seit der Wiedervereinigung werden die Ost-Löhne rechnerisch höher bewertet. Dadurch erhält ein Beschäftigter im Osten bei gleichem Lohn bis zu fünf Prozent mehr Rente als im Westen. Derzeit arbeitet die Bundesregierung an einer gesamtdeutschen Reform, sagte ein Sprecher des Bundessozialministeriums. Um etwas zu ändern, bedürfe es einer "gesamtgesellschaftlichen Bereitschaft".

Bookmarks

[ZURÜCK ZU HOME](#)

[Das Sterbegeld 50Plus](http://direkte-leben.de/Sterbegeld_50Plus) direkte-leben.de/Sterbegeld_50Plus

Gut abgesichert: Sterbegeld 50Plus. Garantierte Aufnahme 47-73-Jähriger

[Herzinfarkt Vorwarnung](http://www.Herz-Probleme.de) www.Herz-Probleme.de

Einer von Dreien stirbt, bevor er ins Krankenhaus kommt.

[Berufsunfähigkeits-Schutz](http://www.CosmosDirekt.de/BU) www.CosmosDirekt.de/BU

Cosmos BU-Schutz von der Stiftung Warentest als "sehr gut" befunden!

Google-Anzeigen

Leserkommentare

VOLKER LARINA

28.04.2011 05:03

Wahrheit

Da plaudern die Grünen ihre wahre Gesinnung aus. Das sollten sich die Leser dieses Artikel mindestens bis zur Landtagswahl im September merken.

Hinzu kommt die maßgeblich Beteiligung dieser Partei bei der unsozialen HARTZ IV Gesetzgebung und die Mitverantwortung für die ersten Kriegseinsätze der Bundeswehr.

Da kommen doch starke Zweifel an dem Selbstdarstellungsbild dieser Partei auf. Sie ist längst zu einer neuen FDP mit ökologischem Anstrich mutiert.

FRANZ SCHULTE

28.04.2011 06:54

Fallwind

Rente ist immer ein Thema - bei den Rentnern.

Rente ist immer ein Thema bei den Rentnern auch dann, wenn das Thema nicht die aktuellen Rentner betrifft, sondern erst die Rentner der Zukunft.

Rentner sind da ganz sensibel.

Rente ist zwar nicht Ländersache - aber die Rentner werden sich bei der Landtagswahl im September sehr gut erinnern an die Grünen. Doch während ein geplatztes Atomkraftwerk am anderen Ende der Welt den Grünen selbst bei Landtagswahlen zum Rückenwind verhilft, kann das Rententhema ganz schnell zum Fallwind werden.

ANDREAS LANGE

28.04.2011 07:22

Die (R) ente ist sicher

Ich weiß, dass derjenige, der die Begriffe Ost und West in den Mund nimmt, zuweilen als Ewiggestriger angesehen wird. Aber zweigeteiltes Rentenrecht ist noch immer Realität in dieser Republik und nicht irgendein Phantomschmerz der Linken. Ich will Ihnen von der jungen Frau Tina H. aus Naumburg an der Saale erzählen. Tina H. wurde am 16. November 1989 geboren, eine Woche nach dem Mauerfall. Im September 2006 begann sie ihre Berufsausbildung, und ab diesem Datum erwarb sie Rentenansprüche. Das war der Tag, an dem ihr gesagt wurde: Mit deinem Eintritt in das Berufsleben musst du Rentenabschläge Ost in Kauf nehmen. Du bist uns 11 Prozent weniger wert. Du kriegst weniger. Das ist 21 Jahre nach der deutschen Einheit so etwas von absurd. Wenn früher Rot-Grün und heute schwarz gelb selbst den Nachwendegeborenen gleiches Recht verweigern, dann ist das ein Anachronismus, den wir überwinden wollen. Die Linke hat diese Problematik bekanntlich von Anfang an benannt seit Volkskammerzeiten 1990 bekannt - und brachte nun einen Vorschlag in den Bundestag ein, der von mehreren Gewerkschaften und Sozialverbänden ausgearbeitet wurde, in dem gewissermaßen schon ein Kompromiss steckt. Zugleich wurde damit aber auch klar, dass in diesem Bündnis ein Weg gefunden wurde, der gangbar ist. Der Lösungsweg wurde beschrieben: Es muss eine deutliche Verbesserung der Lage der Ostrentner von heute geben, die Hochwertung der Ostlöhne soll weiter bleiben, und es soll eine steuerfinanzierte, stufenweise Zuschlagsregelung für die Jahre 2012 bis 2016 geben. Im Osten arbeiten derzeit sehr viele auf ein Leben in Altersarmut hin. Nur 50 Prozent der Beschäftigten haben überhaupt einen Arbeitsvertrag mit Tarifbindung. Wir haben im Osten im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik einen doppelt so hohen Teilzeit- und Leiharbeitsanteil. Das alles führt dazu, dass Rentenansprüche künftig so gering sind, dass Altersarmut entsteht.

Andreas Lange
Teterow

Bitte melden Sie sich an, um einen Kommentar zu schreiben. [Anmelden](#)

[Warum muss ich mich anmelden/registrieren?](#)

Wir distanzieren uns prinzipiell von allen in den Leserkommentaren geäußerten Meinungen ohne Rücksicht auf deren Inhalte. Alle Beiträge in den Leserkommentaren geben ausschließlich die persönlichen Ansichten und Meinungen der User wieder.

Bitte beachten Sie unsere [Richtlinien für Kommentare!](#)



Money

Einfach und sicher

Der C&A Ratenkredit ohne Zweckbindung, mit Sofortzusage.
Individuelle Ratenhöhe.

O₂ on Business

Idealer Smartphone-Tarif

Mit o2 on Business flexibel surfen und telefonieren. Für nur 29 € netto/mtl.

© SVZ.de 2011

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Zeitungsverlag Schwerin GmbH & Co. KG

Weitere Online-Angebote des Zeitungsverlag Schwerin:

[Nordclick](#) | [Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag](#) | [Pinneberger Tageblatt](#) | [Quickborner Tageblatt](#) | [Schenefelder Tageblatt](#) | [Wedel-Schulauer Tageblatt](#) | [Barmstedter Zeitung](#) | [Handballwoche](#) | [Nord Sport](#) | [Sportmikrofon](#)